

NO NATION - NO BORDER STOP LAW & ORDER

Am 18. und 19. November findet in Lübeck die Innenministerkonferenz (IMK) statt. Den Vorsitz dieses regelmäßigen Treffens der Innenminister der Bundesländer und des Bundesinnenministers Otto Schily hat dieses Jahr Schleswig-Holstein. Es werden weitreichende Entscheidungen getroffen, die insbesondere die Themen Flucht und Migration und die „innere Sicherheit“ betreffen. Demokratisch legitimiert ist dieses Gremium nicht, seine Entscheidungen sind aber dennoch bindend für die entsprechende politische Praxis in den Bundesländern.

Besonders betroffen von den Beschlüssen dieser IMK werden Flüchtlinge, insbesondere aus dem Irak und Afghanistan sein. Sie werden schon seit längerem aufgefordert, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren. So wird bereits bei 4500 als politische Flüchtlinge anerkannten Irakern und Irakerinnen versucht, ihnen ihr politisches Asyl abzuerkennen. Sie sollen abgeschoben werden in angeblich befriedete Krisen- und Kriegsgebiete, aus denen aber sogar Hilfsorganisationen ihre MitarbeiterInnen wegen zu großer Gefährdung abziehen. Die Menschen dort sind täglich von Bombenangriffen und Attentaten bedroht, Hunderte von Zivilisten sind mittlerweile umgekommen. Die Innenminister mit Otto Schily an der Spitze aber sind dabei „Rückführungskonzepte“ zu entwickeln, in Lübeck sind dazu weitere Beschlüsse zu erwarten.

Bleiberecht für geduldete Flüchtlinge

Bundesweit haben ca. 226.000 Flüchtlinge den unsicheren ausländerrechtlichen Status einer „Duldung“. Die meisten dieser Menschen leben seit vielen Jahren in der BRD. Sie sind weiterhin ausreisepflichtig, dürfen nicht arbeiten, leben in Flüchtlingsunterkünften und dürfen ihren Landkreis oder die Stadt nicht verlassen. Diese Umstände und die ständige Bedrohung der Abschiebung macht es ihnen unmöglich, hier eine Lebensperspektive aufzubauen. Für sie fordern wir ein gesichertes Bleiberecht mit den gleichen sozialen Rechten, die für alle gelten. Bisher konnten sich die Innenminister auf eine solche Bleiberechtsregelung nicht einigen.

Internierungslager für Flüchtlinge ?

Im Vordergrund der öffentlichen Diskussion steht aber der Vorschlag von Otto Schily in Nordafrika Auffanglager zur Aufnahme von Menschen auf der Flucht einzurichten, die vor Krieg und unmenschlichen Lebensbedingungen in Afrika versuchen über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Sie sollen dort interniert bleiben bis über ihr Asylgesuch entschieden ist. Die in der BRD und anderen Ländern Europas geltenden Rechtsnormen wären dort außer Kraft gesetzt, die Flüchtlinge hätten keine Rechtswegegarantie, da sie sich außerhalb des Rechtsgebietes der EU aufhalten. Der deutsche Innenminister ist damit ein weiteres Mal der Vorreiter einer massiven Abschottungspolitik Europas, ohne Rücksicht auf internationales Recht. Unseren Protest und Widerstand gegen diese unmenschliche Politik wollen wir während der Innenministerkonferenz deutlich machen.

Bleiberecht für alle Flüchtlinge! Keine Abschiebungen! Gesellschaftliche und politische Rechte für Flüchtlinge! Keine Festung Europa!

Ein Aufruf von: Lübecker Flüchtlingsforum, Autonomes Frauenhaus Lübeck, AVANTI - Projekt undogmatische Linke, BASTA! - Linke Jugend, Offenes Antifa-Plenum Bad Oldesloe

Kontakt: Lübecker Flüchtlingsforum, Fleischhauer Str. 32, 23552 Lübeck, fluefo.luebeck@t-online.de, V.i.S.d.P.: Heike Behrens

DEMO gegen die IMK Lübeck 18.11.2004 17 Uhr
Radisson Hotel / Willy-Brandt-Allee

Podiumsdiskussion "Bleiberecht für alle Flüchtlinge"
mit Günther Burkhardt (Pro Asyl), Heike Behrens (Lübecker Flüchtlingsforum),
Martin Link (Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein) und Fanny Dethloff (Nordelbische Kirche)
Flüchtlinge werden ihre Situation schildern
17.11.04, 20 Uhr, Diele, Mengstr. 41

Freiheit stirbt mit Sicherheit

Die Bundesregierung hat nach dem 11. September 2001 im „Terrorismusbekämpfungsgesetz“ ihre Absicht kundgetan, mehrere biometrische Merkmale aller Bundesbürger und -bürgerinnen erfassen und in digitaler Form in die Reisepässe und auch Personalausweise eintragen zu lassen. Am 28. November 2003 kamen die europäischen Innenminister überein, EU-weit Fingerabdrücke und Gesichtsmarkmale in Aufenthaltspapiere und Visa einzubringen – treibende Kraft: Bundesinnenminister Otto Schily.

Die Würde des Menschen, in enger Verbindung mit dem Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, ist dann verletzt, wenn es staatlichen Institutionen oder Dritten möglich ist, Bürger laufend zu lokalisieren und zu identifizieren. Die entsprechenden biometrischen Techniken machen dies prinzipiell möglich. Denn ExpertInnen können nicht ausschließen, dass es in einigen Jahren möglich werden könnte, z.B. durch dreidimensionale Erkennungsverfahren selbst sich in einer Menschenmenge bewegende Personen zu erfassen und zu identifizieren. Das mit dem Wissen einhergehende Machtpotential der Verantwortlichen ist zudem eine Bedrohung der Demokratie, die auf der freien und grundsätzlich unüberwachten Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger fußt.

Der „genetische Fingerabdruck“

Bei der Verabschiedung des „DNA-Identitätsfeststellungsgesetzes“ 1998 wurde von möglicherweise 10.000 Fällen pro Jahr ausgegangen, da eine solche Datenerfassung nicht zu einer Routinemaßnahme werden dürfe. Ende 2000 waren jedoch bereits ca. 72.000 Spuren gespeichert. Zu Beginn des Jahres 2004 resümiert Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, dass bereits 300.000 Personen erfasst seien.

Datenschutzbeauftragte weisen darauf hin, dass bei der DNA-Analyse in höherem Maß als bei Fingerabdrücken die Gefahr besteht, dass genetisches Material einer Nichttäterin oder eines Nichttäters an Tatorten auch zufällig oder durch bewusste Manipulation platziert werden könne. Dies

kann für Betroffene im Ergebnis zu einer Art Umkehr der Beweislast führen. Der derzeitige Vorsitzende der Innen-



ministerkonferenz, Schleswig-Holsteins Innenminister Klaus Buß (SPD), will die Ausweitung von DNA-Tests zur Verbrechensbekämpfung trotzdem bundesweit noch stärker vorantreiben.

Die Polizei hört mit ...

Die strafrechtlichen Ermittlungsverfahren gegen mehrere Tatverdächtige für die Anschläge vom 11. September 2001 brachten Erstaunliches an den Tag: Schon vor dem 11.9. wurde der gesamte Telefon-, SMS-, Fax- und E-Mailverkehr aller Bürger aus der Bundesrepublik in das Ausland und vom Ausland in die Bundesrepublik überwacht und registriert. Sämtliche Geldüberweisungen vom und in das Ausland durch Banken wurden registriert. Alle Kreditkartenzahlungen für Bahnfahrten, Mietwagen und Flugtickets in Reisebüros und an Flugschaltern vor dem 11.9. sind erfasst; ebenso wurden schon vor dem 11.9. sämtliche Passagierlisten aller Luftfahrtgesellschaften erfasst und gespeichert. Nach Lage der Dinge geschah das für sämtliche Flugbewegungen auf der Welt. Es ergab sich ein lückenloses Bild der Aktivitäten und Treffen der Tatverdächtigen rund um die Welt, und der Umstand, dass bis zum 11.9. keinerlei Verdacht gegen die Beschuldigten bestand, verstärkt den Eindruck, dass Datensammlungen bundesdeutscher Behörden sich grundsätzlich gegen jede und jeden richten.

Die Anzahl der Telefonüberwachungsmaßnahmen nach der Strafprozessordnung (diejenigen der Geheimdienste kommen noch hinzu) hat sich von 1995 bis 2002 auf 22.000 versechsfacht. Eine einzige Anordnung führte in einem Fall zur Überwachung von 30.500 Gesprächen. Nach einer Untersuchung bedeuteten 3.499 Überwachungsanordnungen im Jahre 1992 500.000 überwachte Gespräche – folglich muss man jetzt von drei Millionen überwachten Gesprächen innerhalb der Bundesrepublik ausgehen! Und einem nach einer Telefonüberwachung Verurteilten stehen 77,5 Personen gegenüber, die unschuldig mitüberwacht wurden. Nicht besser sieht es mit der nachträglichen Benachrichtigung der Betroffenen aus, die das Bundesverfassungsgericht zwingend zur Erfüllung des Rechtsstaatsgebots fordert. Nur gut 2 % wurden informiert.

Nicht nur eine immer restriktivere Flüchtlingspolitik, sondern auch der Ausbau des Überwachungsstaates steht auf der Tagesordnung der Innenministerkonferenz. Verstärkte Repression und Überwachung sind die folgerichtige Ergänzung von neoliberaler Wirtschaftspolitik und Sozialabbau. Niemand sollte sich in der falschen Illusion wiegen, nur „Verbrecher“ oder „Terroristen“ würden in das Netz der staatlichen Überwachung geraten. Für Sicherheitsfanatiker wie Otto Schily und Kollegen sind wir bis zum Beweis des Gegenteils alle verdächtig. Stoppen wir gemeinsam den Weg in den Überwachungsstaat!

